

Trotz der Vereinbarung mit Land „wachsam bleiben!“

Vertrag zur Deponiesicherung gebilligt / Änderungswünsche

Münchehagen/Petershagen (hm/re). Nach der Samtgemeinde Niedernwöhren haben die Stadträte Rehburg-Loccum und Petershagen die Vereinbarung mit den Land Niedersachsen über die Sicherung der Giftdeponie Münchehagen abgesegnet. Während es im Rehburger Rathaus eine einvernehmliche Entscheidung gab, kam es in Petershagen nach Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU zur Kampfabstimmung.

Wie berichtet, wollen sich die Anrainerkommunen wegen der bis 1997 mit Landesbehörden und -politik gemachten schlechten Erfahrungen vertraglich vor Tricks und Schlamereien absichern. Wesentlich sind folgende Punkte:

Die Sicherungsmaßnahmen sind ohne Verzug fortzusetzen. Die Sicherung ersetzt keine Sanierung. Das vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg nach wie vor schwebende Verfahren gegen das Land wird aufrecht erhalten. Danach können die Kommunen auf Beseitigung der illegal angelegten, rechtswidrig betriebenen und ebenso derzeitigen Anlage klagen. Die Bewertungen laufender Sicherungsschritte und Meßergebnisse des Grundwasserüberwachungssystems werden zunächst von einem unabhängigen Gutachter und abschließend von einem unabhängigen Gremium vorgenommen.

Dort setzen drei Änderungswünsche gegenüber dem Entwurf an:

- Vorsitzender des abschließenden Bewertungsgremiums soll nicht der Chef des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie, sondern der unabhängige Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Dr. Fritz Anhelm, sein. Er war Vorsitzender des früheren Mediations- bzw. Münchehagenverfahrens. Das Gremium empfiehlt nach der Sicherung darüber, ob nach vorliegenden Daten weitere Sicherungsschritte folgen sollen.
- Sollten sich während und nach der Sicherung Anhaltspunkte ergeben, daß die

bisher geplanten Sicherungsmaßnahmen nicht ausreichen, verpflichtet sich das Land für weitergehende Schritte.

- Die Gemeinden sind berechtigt, dann Klage vor dem OVG Lüneburg zu erheben, wenn in dem Bewertungsgremium keine Einigkeit (zum Beispiel über eine zusätzliche Wasserhaltung) erzielt wird.

Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann vertritt die Auffassung, viel mehr als mit dem Vertrag sei vor Gericht auch nicht zu erreichen. Diese Aussage stützte er auf eingeholte Rechtsberatungen. Die Stadt ist davon fest überzeugt, daß eine Sicherung ohne Wasserhaltung (hydraulisches System) nicht funktioniert. Die SPD kann der Vereinbarung so zustimmen. Die WG hält die vereinbarten Maßnahmen für einen guten Anfang zur Sanierung. Den Grünen fehlen demgegenüber konkrete Ziele. Sie halten das Ganze für unbefriedigend. „Wachsam bleiben“ lautet der einhellige Tenor aller Fraktionen.

Ebenso wie Petershagen hat Rehburg-Loccum dem Papier mit den Änderungen zugestimmt. Dieses garantiere den Kommunen eine Mitwirkung bei der Sicherung und Klagewege. Die Räte haben die Verwaltungschefs ermächtigt, mit dem Land über die Änderungen zu verhandeln. Sollte es keine Übereinstimmung darüber geben, soll der Entwurf ohne Änderung unterschrieben werden.

Gerade da setzte die Kritik der Petershagener SPD an: Sie drängte vergeblich darauf, Bürgermeister Joachim Thiele keinen Persilschein auszustellen. Sollte das Land die Änderungen verweigern, müsse der Entwurf noch einmal vor den Rat. Mit der Zweistimmen-Mehrheit der CDU fiel dieser Antrag durch.

Bürgerbüro Münchehagen und die Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“ (Petershagen) äußerten an dieser Regelung ebenfalls deutliche Kritik; denn sie wollen dem Land kein Schlupfloch aus Verantwortungen lassen.